
Stellungnahme der Verwaltung zum Vorschlag der CDU-Fraktion in der BV Eilpe/Dahl

Umweltamt

69/33 Klimaschutzmanager

Hagen, 3.3.2017

Elektroladestationen im Stadtbezirk – Anfrage der CDU-Fraktion in der BV Eilpe/Dahl

Ziel der Bundesregierung ist es, dass bis zum Jahr 2020 rund 1 Million Elektrofahrzeuge auf Deutschlands Straßen fahren. Seitens der Bundesregierung werden aus Gründen der Luftreinhaltung und des Klimaschutzes verstärkt Investitionen in Elektrofahrzeuge und in die Ladeinfrastruktur finanziell gefördert. Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) unterstützt mit dem Bundesprogramm „Ladeinfrastruktur“ den Aufbau von Schnellladestationen und den Aufbau von Normalladestationen. Die Mittelausstattung des Förderprogramms beträgt nach Angaben des BMVI bis zum Jahr 2020 rund 300 Millionen Euro.

Die Verwaltung prüft derzeit, ob mit Fördermitteln des Bundes an den Bezirksverwaltungsstellen (Bürgerämtern) in Boele/Nord, in Haspe, in Hohenlimburg, in der Nähe Rathauses, im Gebiet der „Sozialen Stadt Wehringhausen“, auf dem Parkplatz der WBH AöR (Eilper Straße) sowie im Stadtgebiet Eilpe auf geeigneten Flächen voraussichtlich fünf bis sieben (5-7) Ladesäulen für E-Fahrzeuge errichtet werden können.

Für dieses Vorhaben wurde kurzfristig eine Projektgruppe eingerichtet, an der Vertreter der Verwaltung, der Mark E-AG und des Wirtschaftsbetriebes Hagen teilnehmen.

Ziel der zeitlich befristet arbeitenden Gruppe ist es, die Teilnahme der Stadt Hagen an Förderaufrufen des Bundes zur Förderung der Elektromobilität vorzubereiten und zu klären, welcher Investor den späteren Betrieb der Ladesäulen übernehmen könnte. Zudem sollen die für die Errichtung von Ladesäulen ausgesuchten Flächen hinsichtlich ihrer finanziellen, wirtschaftlichen und technischen Machbarkeit bewertet werden.